

nig einzuholen scheint. Auf den letzten Seiten blickt er noch einmal auf die großen Themen zurück, die am Wahltag eigentlich zur Abstimmung standen: Bankenkontrolle, Bildung, Euro, Steuern, Gerechtigkeit. Fast resigniert resümiert er, dass auf der großen Medienbühne so gut wie nichts davon die gebührende Rolle spielte. Der »Filter« hat es nicht durchgelassen. Die Kommunikationsangebote des Kandidaten wurden nicht aufgenommen und durch medien-affinere Geisterthemen ersetzt. Wie war das möglich? Nils Minkmars Antwort hat ein wenig von einer Anti-Klimax zu diesem aufklärenden Buch: Das habe an der Kanzlerin gelegen und ihrer kalkulierten Weigerung, Themen ins Spiel zu bringen. Denn: »Letztlich ist es die Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft, ein Interesse an den großen Themen zu formulieren und die Standards einzuklagen.« Aber was ist

mit den Medien, die doch, wie das Buch überall zeigt, zwar den Kandidaten höchst aktiv und zielgerichtet demontiert haben, aber vor der selbstzufrieden über ihre Absichten hinweg schweigenden Kanzlerin kuschelten? Wäre es nicht deren erste Pflicht gewesen, ihre rührigen Finger zunächst in diese Wunde zu legen und wenn das nicht wirkt, die Tatsache zu skandalisieren, dass die höchste Amtsträgerin wiedergewählt werden wollte, aber die Rechenschaft verweigerte, wofür. Es ist schon wahr, dass ist eine Kritik, die diesen Autor selbst gerade gar nicht betrifft. Aber etwas mehr Harnisch auch gegen die werten Kollegen möchte man – jetzt und künftig – gerade von ihm und anderen Vertretern seiner Zunft denn wohl doch erwarten.

Nils Minkmar: Der Zirkus. Ein Jahr im Innersten der Politik. S. Fischer, Frankfurt/M. 2013, 220 S., 19,99 €.



Thomas Meyer

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Soziale Demokratie. Eine Einführung und: Was ist Fundamentalismus?*

thomas.meyer@fes.de

Wolfgang Jüttner

Episode oder Epoche?

Edgar Wolfrum seziert die rot-grünen Regierungsjahre im Bund

Waren die sieben Jahre Rot-Grün nun eine grandiose Erfolgsgeschichte oder ein großes Missverständnis, ein Irrtum der Geschichte? Diese Frage beschäftigt auch heute noch zahlreiche Gemüter in Deutschland. Differenzierte wissenschaftliche Analysen liegen bisher noch nicht vor, was angesichts der zeitlichen Nähe auch keine Überraschung ist.

Nun hat mit Edgar Wolfrum ein renommierter Historiker, historisch-wissenschaftlichen Ansprüchen Rechnung

tragend, »eine erste, vollständig aus den Quellen geschöpfte Gesamtdarstellung der rot-grünen Ära« vorgelegt. Der Zugriff auf bisher unveröffentlichtes Material sowie 36 intensive Interviews mit Beteiligten gestatten ihm – so Wolfrum – »diesen kurvenreichen Weg« von Regierungsbeteiligung im Detail zu beschreiben, Erfolge, Unausgeschöpftes und Verwerfungen herauszuarbeiten.

»Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser« war zwar 1998 das Motto im

Wahlkampf gegen eine Regierungskoalition, die nur noch als erschöpft wahrgenommen wurde. Der Anspruch der neuen Koalitionäre ging jedoch weit darüber hinaus: Ein großer gesellschaftlicher Modernisierungsschub war ins Auge gefasst, kulturell und ökologisch, und die neue Mehrheit beeindruckte durch Selbstbewusstsein und Leidenschaft.

Doch diese neue Mehrheit hatte keine Gelegenheit, mit ihrem innenpolitischen Anspruch zu glänzen, denn die außenpolitischen Herausforderungen, auf die die Koalition vergleichsweise wenig vorbereitet war, beanspruchte die ganze Aufmerksamkeit. Der Kosovo-Konflikt war so etwas wie ein rot-grüner Alptraum: Dem Antimilitarismus strikt verbunden musste sich Rot-Grün an einer militärischen Aktion der NATO beteiligen, ohne dass ein UN-Mandat vorlag. Die heftigen Kontroversen in den beiden »Friedensparteien« zeichnet Wolfrum detailliert nach. spätestens mit der Zustimmung der Bundesregierung zum Kosovo-Einsatz war die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik als internationaler Solitär beendet, Deutschland mit allen Rechten und Pflichten in die Staatengemeinschaft zurückgekehrt und die Regierungsparteien ihrer außenpolitischen Unschuld beraubt.

Im Kapitel »Im Bann des Terrors« beschreibt Wolfrum mit den Entwicklungen nach dem 11.9.2001 die zentrale Zäsur internationaler Politik, denn dieses Ereignis hat sich bereits am Tag des Geschehens »in das kollektive Gedächtnis der Welt eingebrennt«. Die kulturell-zivilisatorische Hegemonie des Westens schien das Selbstwertgefühl islamischer Kulturen so tief verletzt und gedemütigt zu haben, »dass die Attentäter ... als Ikonen verehrt werden«. Zum anderen wurde Amerika die eigene Verletzlichkeit und temporäre Ohnmacht grell vor Augen geführt. Die internationale Solidarität war den USA gewiss,

aber: Wie bekämpft man internationalen Terror? Der deutsche Bundeskanzler versuchte es mit der Formel: »uneingeschränkte Solidarität: ja; aber zu Abenteuern sind wir nicht bereit«. Bedrückend ist zu lesen, mit welcher Brutalität die USA ihr nationales Interesse über Rationalität und internationale Kooperationsbereitschaft stellten.

Ähnlich wie bei der Legitimierung des Kosovo-Krieges erfuhr auch jetzt wieder die aus der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts abgeleitete Verantwortung Deutschlands eine Umdeutung: Jahrzehntelang war die »historische Verantwortung« gleichsam als Direktive zur außenpolitischen Enthaltensamkeit ausgelegt worden, nun nahm man sie als Motiv, sich gerade nicht zurückzuhalten. Durchsetzbar war dies nur, indem eine Sachfrage erstmalig an eine Vertrauensfrage im Bundestag geknüpft wurde, was letztlich zu heftigen Zerreißproben in beiden Regierungsparteien führte.

So ist die Regierung Schröder/Fischer gezwungenermaßen zur ersten globalen deutschen Regierung geworden, und sie hat – so Wolfrum im rückblickenden Fazit – nach anfänglichen Turbulenzen eine solide Arbeit verrichtet. Die Bilanz nach sieben Jahren hatte zwar nichts gemein mit den eigenen Ansprüchen von 1998 und war mit schweren inneren Blessuren verknüpft, gleichwohl ist der Ruf Deutschlands in der Welt – und nicht nur durch das Nein zum Irakkrieg – hinsichtlich Eigenständigkeit und Reputation deutlich gestiegen, das zentrale Land in der Mitte Europas sogar –so Wolfrum – zum »globalen Sehnsuchtsort« geworden..

»Aufbruch und Erneuerung« lautete das Motto der Koalitionsvereinbarung 1998: Das nationale Haus sollte durchgelüftet, politische und gesellschaftliche Reformen auf den Weg gebracht, der Reformstau aufgelöst werden. Der Ausgangspunkt war historisch: Zwei Oppositionsparteien übernahmen erstmalig das Kommando, eine linke Mehrheit wurde vergleichsweise

*Erste globale
deutsche
Regierung*

vorbehaltlos akzeptiert, der Umzug nach Berlin schuf ein neues Umfeld, der Anteil von Frauen in politischer Verantwortung wurde deutlich erhöht. Und obwohl der Anfangseuphorie bald Enttäuschung folgte, sich ein ziemlich experimenteller Politikstil entwickelte und das Wort »nachbesern« zum geflügelten Wort wurde, konnten deutliche Akzente gesetzt werden. So wurde das Thema »modernes Regieren« auf die Tagesordnung gesetzt: gesellschaftliche Gruppen und Betroffene wurden in den Diskurs eingebunden, im Bündnis für Arbeit, dem Ethikrat, in der Vorbereitung auf den Atomkonsens, mit der Zuwanderungskommission. Und in der Kulturpolitik wurde im wahrsten Sinne des Wortes »aufgeräumt«; trotz Länderhoheit wurden mit dem Staatsministerium neue Strukturen geschaffen, das Stiftungsrecht konnte erneuert werden, endlich die Entschädigung der Zwangsarbeiter geregelt, die Bundeskulturstiftung geschaffen und die Debatte zum Holocaust-Denkmal zu Ende gebracht werden.

Betriebsverfassungsrecht und Mietrecht wurden novelliert, und mit der rechtlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Beziehungen und der überfälligen Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts entzog man den jahrzehntelangen Lebenslügen bundesdeutscher Politik die rechtlichen Grundlagen, wengleich die unvermeidlichen Kompromisse aufgrund abweichender Bundesratsmehrheiten nicht nur Begeisterung auslösten.

Die nachhaltigsten Kontroversen und Konsequenzen der rot-grünen Regierungszeit sind innenpolitisch unbestritten mit den sozial- und arbeitsmarktpolitischen

Reformen verbunden. Ende 2002 begann im Kanzleramt hektische Betriebsamkeit – als Antwort auf

Die Zäsur der Agenda 2010

die düsteren ökonomischen Prognosen und die spezifischen Defizite des Industriestandorts Deutschland. Am 14. März 2003 präsentierte Gerhard Schröder ein

Gesamtpaket mit dem Namen »Agenda 2010«, zu Unrecht auf den Vorwurf des Sozialabbaus reduziert. Es sollte Innovationen und einen Paradigmenwechsel in der Sozialstaatlichkeit umfassen und enthielt organisatorische Maßnahmen am Arbeitsmarkt, Lockerungen im Kündigungsschutz, Öffnungsklauseln im Tarifrecht, Reformen im Gesundheitswesen, Veränderungen im Rentenrecht sowie ein Paket zur Förderung von Bildung. Dieses Gesetzespaket hat die Bundesrepublik gravierend verändert: es war Auslöser von Massenprotesten, dramatischen Parteiaustritten bei der Sozialdemokratie und einer Neusortierung der Parteienlandschaft. Es hat den bis dahin gültigen Anspruch auf Lebensstandardsicherung ersetzt, ohne den Sozialstaat abzuschaffen, es hat den Wirtschaftsstandort gestärkt und dies mit einer Zunahme eines prekären Sektors im Arbeitsmarkt bezahlt, es hat das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Gewerkschaften vereisen lassen. Handlungsbedarf war sicher vorhanden, dass aber die einzelnen Komponenten alternativlos waren, kann mit Fug und Recht in Zweifel gezogen werden. Insbesondere die Änderungen bei der Zumutbarkeitsregelung, die verkürzte Dauer des Arbeitslosengeldes, die brachiale Kommunikationsstrategie bei der Durchsetzung des Paketes und die letztlich vom Bundesverfassungsgericht einkassierte Höhe des ALG II waren und sind hochgradig strittig. Auf der Haben-Seite der Agenda 2010 verbucht Wolfrum, »dass der Sozialstaat leistungsfähig gehalten, dass Wettbewerbsanreize gesetzt und Deutschland als Industriestandort wieder attraktiv gestaltet wurde«.

Trotz gravierender Konstruktionsfehler im Gesamtpaket »Agenda 2010« – vor dem Hintergrund der Frage »Bruch oder Kontinuität?« kommt Wolfrum letztlich zum Urteil, es liege der Versuch vor, »den bundesdeutschen Wohlfahrtsstaat zu modernisieren, zu entschlacken, um ihn letztlich in seiner Substanz zu bewahren«.

Spätere Untersuchungen werden die vorgebliche Parallellität des rot-grünen Niedergangs mit neueren Tendenzen in der kulturellen Szene für überzogen, die Anekdoten aus den Interviews für verzichtbar halten. Letztlich bleibt ein gesättigter Text von über 800 Seiten, der sich deutlich anders positioniert als große Teile der aktuellen Publizistik und zu dem Ergebnis kommt, dass die Regierung Schröder keine

Episode bundesdeutscher Geschichte war, sondern sowohl hinsichtlich der außenpolitischen Positionierung wie auch der innenpolitischen Akzentsetzung in dieser »Scharnierzeit« epochalen Ansprüchen gerecht geworden ist.

Edgar Wolfrum: Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998 – 2005. C.H. Beck, München 2013, 848 S., 24,95 €.



Wolfgang Jüttner

war bis 2010 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, ist Mitglied im SPD-Parteivorstand und der SPD-Grundwertekommission.

wolfgang.juettner@lt.niedersachsen.de

Klaus Harpprecht

Borgen – Dänemark tritt auf den Plan

Wie anspruchsvolles Fernsehen gemacht wird, zeigen unsere nördlichen Nachbarn

Nie hätte ich es für möglich gehalten, dass dank des Fernsehens ein kleines, in der Regel kaum beachtetes Land die Blicke des anspruchsvollen Publikums in Europa und einer neugierigen Minorität in Amerika auf sich ziehen und dass jenes Land und seine Gesellschaft durch eine TV-Serie von hoher Qualität ein schönes und unverwechselbares Gesicht gewinnen könnte. Möglich wurde dies dank einer gescheiten, ehrgeizigen, mutigen und zugleich sehr menschlichen Frau, die – als erste ihres Geschlechtes – die Ministerpräsidentenschaft erobert: Birgitte Nyborg alias Sidse Babett Knudsen, eine grandiose Schauspielerin, die uns demonstriert, dass Politik und Kultur ein Paar sein können – ein glückliches obendrein.

Die Serie *Borgen* (der Titel weist auf das Parlamentsgebäude in Kopenhagen) handelt von Politik und von den privaten Geschichten der Akteure, die allesamt be-

weisen, dass Dänemark über eine Elite von Darstellern verfügt – ein Land von etwas mehr als fünfeinhalb Millionen Seelen –, dessen TV-Produktionen von den Produzenten, den Fernseh-Obrigkeiten und Regisseuren in Berlin, Hamburg und München, auch in London, Paris und Rom mit Respekt, mit Neugier und Aufmerksamkeit (in die sich ein wenig Neid mischen mag), studiert werden sollten. Ein Bravo für den Drehbuch-Autor, die Dialogschreiberin, den Regisseur, aber auch für die Schauspieler, die es zuwege brachten, dass eine Serie von 30 Folgen ohne jede Schießerei, ohne Verfolgungsjagden über Dächer und durch Hinterhöfe, dass sie ohne physische Gewalt und mit einer niemals zu aufdringlichen Dosis von Erotik auskommt – und trotzdem eine Spannung erzeugt, die jedem *Tatort* gewachsen, ja überlegen ist. Kein Augenblick der Langeweile. Hier waren Meister der Film- und Fern-